

Amer Tagedblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt wird durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 200 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger des Erzgebirges
an. - Einzelne Nummern 10 Mark.
Fernsprechkarte Nr. 25.
Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges.

Das Blatt wird durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 200 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger des Erzgebirges
an. - Einzelne Nummern 10 Mark.
Fernsprechkarte Nr. 25.
Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100. Aue, Leipzig, Sp. 1922

Nr. 294

Dienstag, den 19. Dezember 1922

17. Jahrgang

Amerikas Pläne und Voraussetzungen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Erleichterung, die die Aussicht auf die Möglichkeit gebracht hat, die sich politisch und wirtschaftlich für Deutschland mit dem neuen Jahre ankündigt. Ist trotz der Möglichkeit, mit der sie sich finanziell gelienend gemacht hat, ohne die verwirrenden und erschütternden Folgen geblieben, die ein Teil der Finanzkreise von ihr befrachten zu müssen glaubte. Die Börse hat auf den Sturz des Dollar zwar mit starker Zurückhaltung und selbstverständlich auch mit einer gewissen Abschwächung reagiert, von einer Panik oder gar von einer Katastrophe aber war keine Rede, und der berüchtigte schwarze Tag, der aus dem Dezember des Vorjahres noch in schlimmer Erinnerung ist, hat keine Wiederkehr erlebt. Die Wirkung auf die Wirtschaftslage, im besonderen die Erleichterung auf dem Markt des täglichen Bedarfs, ist sich freilich nur sehr langsam durch, was durchaus verständlich ist und auch durch die bevorstehenden Feiertage begründet wird.

Der beginnende Umschwung findet die deutsche Regierung mitten in der Vorbereitung für die Maßnahmen, mit denen sie ihre aktive Mitarbeit an der Lösung des großen Weltproblems praktisch betätigen will. Die Besprechungen mit Vertretern der in Frage kommenden Kreise sind am Montag wieder aufgenommen worden und werden andauern. Sie beschränken sich keineswegs auf die Hinzuziehung von Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften und aus allen im Wirtschaftsleben eine Rolle spielenden Körperschaften sollen Sachverständige zu den Absichten der Regierung gehört und zu Rate gezogen werden. Die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit soll dabei geklärt werden, und das Ziel ist die Ausarbeitung von Ergänzungsvorschlägen zu der Note vom 14. November und den nach London übermittelten Angeboten. Man will damit so rechtzeitig fertig werden, daß für den Fall eines möglichen Eingreifens in die auf den 2. Januar berufene Pariser Konferenz das deutsche Material abgeschlossen und einwandfrei zur Verfügung steht.

Inzwischen scheint es, daß mit der Möglichkeit eines Ausfallens der Pariser Konferenz gerechnet werden muß. War es von vornherein nach dem Ergebnis von London fraglich, ob man in Paris erheblich weiter kommen und eine positive Lösung finden werde, und tauchte schon bald der Gedanke auf, daß auch die Januar-Konferenz der Diplomaten ihre Aufgabe an die Sachverständigen weitergeben müsse, so ist durch die neuerliche Wendung der amerikanischen Politik ein entscheidender Schritt erfolgt, dessen Bedeutung die Möglichkeiten der Pariser Konferenz weit übertrifft. Mit der Lebhaftigkeit und Großzügigkeit, die für die Betätigung der Vereinigten Staaten in weltbewegenden Fragen kennzeichnend ist, wenn erst einmal der Wille zu solcher Betätigung sich durchgesetzt hat, greifen die Pläne der Washingtoner Politik und der New Yorker Finanz das Wirtschaftsproblem Europas und der Welt an und bestimmen die Richtung, in der es sich weiter bewegen soll.

Bedeutungsvolle Besprechungen haben in Washington und New York in den politisch und finanziell führenden Kreisen stattgefunden, hervorragende Sachkenner aus beiden Lagern werden zur Erweiterung und Vertiefung der dabei gewonnenen Einblicke erwartet, und schon beginnen sich die Umrisse der Voraussetzungen deutlich zu zeigen, die für ein aktives Eingreifen Amerikas in die europäischen Probleme gestellt werden, und auch die Art dieses Eingreifens selbst läßt sich bereits erkennen. Die Voraussetzungen liegen in der Richtung, daß Amerika seine Vorschläge und Angebote machen wird, wenn es Gewähr dafür hat, daß die Regelung der europäischen Verhältnisse ihre Durchführung nützlich und erfolgreich erscheinen läßt, und wenn es für seinen Einsatz die nötigen Sicherheiten erlangen kann. Dazu gehört die Ausschaltung jeder Gewaltpolitik und jedes auf wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands gerichteten Planes, und dazu gehört weiter die Ueberlassung eines Teiles der Hypotheken auf Deutschlands Wirtschaft, die sich die Alliierten im Versailler Vertrag geschaffen haben, an Amerika. Erfüllen sich diese Voraussetzungen, dann ist die Grundlage für eine erfolgreichere Wirtschaftskonferenz gegeben, und das Ziel liegt einmal in einer Anleihe an Deutschland für die Stabilisierung der Mark und zum zweiten in der endgültigen Regelung der Reparationen, die in Zusammenhang gebracht werden soll mit der Regelung der interalliierten Kriegsschulden. Bei dieser letzten Frage liegt angesichts der amerikanischen Auffassung bis besonders Schwierigkeit. Die in Aussicht genommene Anleihe an Deutschland soll nicht von der amerikanischen Regierung, sondern von einem Bankkonsortium ausge-

hen, das dafür allerdings von der Regierung Garantien erhalten soll, und für diese Garantien wiederum sollen der Regierung die deutschen Leistungen zum Teil bürden, auf die jetzt, gemäß auf den Versailler Vertrag, die Alliierten die Hand halten. Neben diese (zusagen) staatlich gestützte Anleihe, deren Priorität gegenüber allen anderen Schulden Deutschlands gesichert sein soll, wollen dann die amerikanischen Bankiers noch eine zweite, rein private Anleihe stellen. Was Zahlen werden für die erste Anleihe anderthalb Milliarden Dollar, für die zweite 750 Millionen Dollar genannt. Ein Teil des Anleiheertrages soll für die Reparationszahlungen, besonders für die Frankreichs, zur Verfügung stehen.

Diese kurze Charakteristik gibt nur die rohen Umrisse der amerikanischen Pläne, aber deren Einzelheiten die amerikanischen, englische und französische Presse ausführlicher berichtet. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich in allen diesen Dingen noch um Projekte und Möglichkeiten handelt, aber deren Durchführbarkeit das letzte Wort ebensowenig gesprochen ist wie über die Wege, auf denen man zu ihrer Einleitung zu gelangen hofft. Der Optimismus, mit dem man in Deutschland diese Fragen betrachtet, wird daher gut tun, sich gewisse Schranken zu setzen. Dieser Rat erscheint angebracht auf Grund früherer, bitter enttäuschender Erfahrungen — so wenig er der zuberstehenden Stimmung gerade in der vorletzten Zeit die Berechtigung absprechen und den Glauben schwächen will.

Der angebliche Plan Hardings.

Aus Washington wird gemeldet: Präsident Harding wird durch die amerikanischen Botschafter den alliierten Regierungen den Abschluß von zwei Verträgen vorschlagen, die den Versailler Vertrag ersetzen sollen. Der erste wird nur von den Alliierten, der zweite dagegen von allen früheren kriegführenden Nationen unterzeichnet werden. Sofort nach Unterzeichnung würden drei amerikanische Bankgruppen Deutschland einen Kredit von 1 1/2 Milliarden Dollar für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen in Amerika gewähren. Die amerikanische Regierung würde diesen Kredit garantieren, dafür aber eine erste Hypothek auf alle deutschen Guthaben fordern, insbesondere auf Bille und Steuern. Diese Hypotheken hätten auch den Vorrang vor den Reparationen. Dagegen würde Amerika die Bezahlung der Reparationen durch Deutschland garantieren nach einem jetzt in Ausarbeitung begriffenen Schema. Die erwähnte Bankgruppe würde außerdem von sich aus eine Privatanleihe von 750 Millionen Dollar an Deutschland gewähren, die hauptsächlich durch Industriewerte gesichert würden. Der ganze Plan werde Europa vorgelegt werden, sobald Amerika die Zustimmung Poincares und der französischen Kammer dazu erhalten habe. Amerika werde von Frankreich einen Verzicht auf die Befreiung der Ruhr oder ähnliche Sanktionen fordern, durch die das deutsche Wirtschaftsleben gestört werden könnte. Nach Ansicht der amerikanischen Bankiers, die die deutsche Finanzlage geprüft haben, soll die deutsche jährliche Zahlungsfähigkeit auf 300 Millionen Dollar geschätzt werden.

„New York Herald“ erklärt, die öffentliche Meinung in Amerika lehne durchaus eine Weiterbesetzung deutscher Gebiete ab, erkenne aber an, daß Frankreichs berechtigter Anspruch auf Entschädigung durch Deutschland bisher nicht erfüllt seien.

Die Revision des Völkerbundes.

Aus den Verhandlungen des gewerkschaftlichen Friedenskongresses ist die Annahme einer Resolution der Pazifisten nachzutragen, die auf einen Antrag des Grafen Kessler und Professors Brodas zurückgeht, und deren wichtigste Stelle lautet: „Der Kongress ladet das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein, möglichst bald eine Studienkommission einzusetzen, um die äußerst notwendige Umwandlung des Völkerbundes vorzubereiten“. Außer dieser Kommission soll eine Zentralinstanz der Pazifisten eingerichtet werden, mit der der Internationale Gewerkschaftsbund jeden Augenblick Beratungen zu gemeinsamer Verabredung führen kann. Durch die Einsetzung derartiger Körperschaften wird die im Haag angebahnte Zusammenarbeit zwischen der pazifistischen und der Gewerkschaftsbewegung zu einer dauernden gemacht. Die Zusammensetzung der genannten Studienkommission wird in den nächsten Wochen erfolgen. Ihre Arbeit wird sich nach einer Mitteilung, die Professor Broda (Schweiz) machte, mit folgenden Fragen befassen:

1. Beitritt Deutschlands und Rußlands zum Völkerbund.
2. Einführung eines obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.
3. Einführung eines Völkerparlamentes.

4. Feststellung des Rechtsweges für nationale Widerarbeiten, um durch Abschaffung die Durchsetzung ihrer staatlichen Ansprüche zu erreichen.

Weltfriedenskonferenz.

Die Kommissionen des Weltfriedenskongresses haben ihre Arbeiten beendet und beschlossen, den Rat der französischen Gewerkschaftsbundes, der französischen Sozialistischen Partei und der belgischen Delegation anzunehmen, in dem diese sich entschieden gegen eine Besetzung des Ruhrgebietes aussprechen. In der Entschiedenheit wird gesagt:

Der Kongress beschließt mit Nachdruck und Ueberzeugung der Politik der Sanktionen, des Boykotts und der Gewalt, die sich während der letzten vier Jahre in ihrer Ausführung als eine Dummheit erwiesen hat, und selbst wenn sie in Uebereinstimmung mit dem Buchstaben des Friedensvertrages erscheint, so ist sie darum nicht weniger eine Verletzung des Völkerrechts und unterhält zwischen den Völkern den Geist des Mißtrauens und des Hasses, der die Saat für neue Kriege ist. Der Kongress verurteilt ebenso stark und mit Entschiedenheit eine Politik, die darauf abzielt, an die Stelle der Reparationsleistungen Maßregeln zu lassen, die die Aufhebung Deutschlands und eine verkappte Annexionspolitik des Gebietes bedeuten.

Die neue Regierung in Polen.

General Sikorski Ministerpräsident.

Nach einer Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur hat der Sejmpräsident Rataj den General Sikorski mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Sikorski hat den Auftrag angenommen. Er selbst übernimmt in dem neuen Kabinett den Posten und das Ministerium des Innern. Der polnische Gesandte in Warschau Alexander Strzyski, wurde zum Minister des Neupern und Professor Mikulowski Komorski zum Unterrichtsminister ernannt. In den anderen Ministerien ist keine Veränderung eingetreten. Ministerpräsident Sikorski kündigte an, daß er für rücksichtslose Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen werde.

Pilsudski Generalstabschef.

Von großer Bedeutung für den weiteren Gang der Ereignisse in Warschau ist die Nachricht, daß der frühere Staatschef Marschall Pilsudski als Generalstabschef den Oberbefehl der Armee übernommen hat. Da gleichzeitig General Sikorski an die Spitze der Regierung berufen wurde, ist es klar, daß die Sejm-Majorität, deren Vertreter der Sejmarschall Rataj ist, die Absicht hat, mit militärischem Nachdruck die Wiederherstellung der Ordnung anzustreben. Dies wird auch durch den Inhalt des vom Ministerpräsidenten Sikorski erlassenen Auftrags an die Bevölkerung Polens bestätigt.

Es verlautet, daß bei den zum 20. d. M. ausgeschrieben Wahlen des neuen Staatspräsidenten entweder

Pilsudski oder Sikorski Staatspräsident

werden. Unter allen Umständen scheint die faschistische Bewegung des Generals Haller und Genossen wenig Aussichten zu haben, da ihr eine entschlossene aus der Wanderschaft, der Arbeiterschaft und der Armee unterstützte Majorität gegenübertritt.

Die Einkommensteuer für 1922.

Die Einkommensteuernovelle ist gestern im Reichstag in dritter Lesung angenommen worden. Der Tarif für 1922 wurde bereits in der zweiten Lesung durch einen Kompromißantrag der Parteien der Arbeitgemeinschaft festgelegt, gegen den die Sozialdemokratie und auch der Reichsfinanzminister Hermes Widerspruch erhoben. Die neue Staffelung legt die Grenze für die Mindestbesteuerung von 10 v. H. auf 400 000 Mark (ursprünglicher Beschluß des Steuerausschusses 800 000 Mark) fest. Nach dem vom Reichstage nunmehr endgültig beschlossenen Tarife beträgt die Steuer:

für die ersten	400 000 Mark	10 v. H.
für die nächsten	200 000	15
„	200 000	20
„	200 000	25
„	400 000	30
„	600 000	35
„	1 000 000	40
„	1 000 000	45
„	1 500 000	50
„	2 000 000	55

für die weiteren Beträge 80 v. H.

Regierung und Sozialdemokratie hatten geringere Aus-einanderziehung der Tarifstaffeln, also stärkere Belastung der Höheren, aber noch unter der Einkommensgrenze liegenden Einkommen verlangt. Die Sozialdemokratie läßt gegen die „Schonung der Leistungsfähigen“ durch den neuen Tarif einen heftigen agitatorischen Kampf.

Rots
Industrie
deburg
Schwan
2 Uhr ab
fleisch
von einer
e f u g t.
an die Ge